

# **Niederschrift**

## **über die 37. Sitzung des Rates der Stadt Jever**

**Sitzungstag:** 07.07.2011  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 19:06 Uhr bis 20:15 Uhr

### **Teilnehmerverzeichnis:**

#### **Vorsitzende**

Lorentzen, Margot

#### **Stellvertretende Vorsitzende**

Vredenborg, Elke

#### **Ratsmitglieder**

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

Funk, Harry Dr.

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Huckfeld, Renate

Husemann, Horst-Dieter

Janßen, Dieter

Kaiser, Peter

Lüken, Gerold

Makrinus, Ilse

Matern, Hans

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard

Sender, Alfons

Vahlenkamp, Dieter

Werber, Gerhard

Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.

Zillmer, Dirk

## **Verwaltung**

Hagestedt, Uwe

Mühlena, Björn

Müller, Mike

Röben, Manfred

Rüstmann, Dietmar

## **Entschuldigt waren:**

## **Ratsmitglieder**

Albers, Jan Edo

Friedel, Lars

Ludewig, Enno

## **Tagesordnung:**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende**

**Die Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 19:06 Uhr.

### **TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder**

**Die Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

### **TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Die Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

### **TOP 4 Feststellen der Tagesordnung**

**Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass mitgeteilt worden sei, dass die Tagesordnungspunkte 10 und 14 abgesetzt werden und im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnungspunkt 21.1 hinzugefügt werde.

**Herr Harms** führt aus, dass **er** einen Antrag für die SWG-/Sender-Gruppe gestellt habe, den Tagesordnungspunkt Nr. 10 (Bebauungsplan Nr. 10 "Auf dem Hochhamm" - 1. Änderung -) nicht aufzuheben. In der letzten VA-Sitzung sei entschieden worden, das Verfahren zu stoppen. Dort seien nur 9 Entscheidungsträger des Rates anwesend gewesen. Der Rat habe aber mehr Mitglieder. Nach der Gemeindeordnung beschließe der Rat ausschließlich abschließend über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bebauungsplänen. Hier habe der Verwaltungsausschuss die Entscheidung über die Aufhebung des Bebauungsplanes auf Vorschlag von Herrn Rüstmann getroffen. Man breche sich keinen Zacken aus der Krone, wenn dieser Punkt

nach der nichtöffentlichen Behandlung im Verwaltungsausschuss heute im Rat abschließend behandelt werde, wenn sich eine entsprechende Mehrheit finde.

Dazu nimmt **Herr Müller** Stellung. Der Verwaltungsausschuss habe nach der NGO richtig beschlossen. Hier werde etwas durcheinander gebracht mit den Begrifflichkeiten Aufstellung, Aufhebung oder Änderung von Bauleitplänen. Es sei nach der NGO Fakt, dass der VA für den Aufstellungsbeschluss zu einem Bebauungsplanverfahren zuständig sei. Diesen habe der VA im November letzten Jahres gefasst. Ihm stünde dann auch das Recht zu, dieses Bebauungsplanverfahren zu beenden. Dieses habe nichts damit zu tun, dass ein Satzungsbeschluss für die Neuaufstellung, Änderung oder Aufhebung eines Bebauungsplanes zu fassen sei. Der Bebauungsplan Nr. 10 bleibe unverändert bestehen, so dass es für den Rat keinen Handlungsspielraum für eine Entscheidung gebe. Hier bestehe daher die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses. **Herr Müller** erinnert daran, dass man vor einem Jahr darüber gesprochen habe, als die Hauptsatzung geändert worden sei. Damals war dem Rat der Aufstellungsbeschluss vorbehalten gewesen. Dieser Punkt sei durch Änderung der Hauptsatzung am 17.06.2010 herausgenommen worden. Somit sei in dieser Sache im Verwaltungsausschuss richtig entschieden worden. Der Bürgermeisterin habe es zu Recht zugestanden, diesen Tagesordnungspunkt rechtzeitig von der Tagesordnung für diese Sitzung des Rates herunter zu nehmen, da dieser keine Zuständigkeit dafür habe.

Dem Ansinnen von **Herrn Hartl**, zu dem Tagesordnungspunkt 10 ein allgemeines Statement abgeben zu wollen, wird aufgrund eines Geschäftsordnungsantrages von **Herrn Janßen** auf Schließung der Debatte nicht nachgekommen.

**Herr Hartl** beantragt, den Tagesordnungspunkt Nr. 28 statt im nichtöffentlichen im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, da hier keine schützenswerten Interessen gesehen werden. **Herr Rüstmann** erklärt dazu, dass sich im Rahmen des Verfahrensganges heraus kristallisiert habe, dass die schützenswerten Interessen weggefallen seien, da es um einen Baukostenzuschuss für eine Erschließungsmaßnahme gehe. Eine Behandlung im öffentlichen Teil der Sitzung sei daher möglich.

Es stellt sich heraus, dass Herr Hartl sich versehen und den Tagesordnungspunkt Nr. 29 "Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Betrieb einer Freiland-Photovoltaikanlage" gemeint hat. Hierzu erklärt **Herr Rüstmann**, dass dieser Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden müsse, da hier eine Kalkulation besprochen werden solle, die die eigenen Interessen wahren solle. Hier sei es schädlich, wenn im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens diese Kalkulation öffentlich werde. **Er** warne davor, diesen Punkt öffentlich zu behandeln.

**Herr Harms** beantragt sodann, auch den Tagesordnungspunkt Nr. 28 im öffentlichen Teil zu behandeln.

**Die Vorsitzende** erklärt daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt Nr. 28 aus dem nichtöffentlichen Teil herausgenommen und unter TOP 17 a im öffentlichen Teil behandelt werden solle. **Herr Kaiser** weist darauf hin, dass dieses nicht möglich sei, da der TOP für den nichtöffentlichen Teil bekanntgemacht worden sei und nicht für den öffentlichen Teil. In diesem Fall müsse der Punkt von der Tagesordnung genommen werden und dann in der nächsten Sitzung des Rates im öffentlichen Teil behandelt werden. **Frau Rasenack** schlägt daraufhin vor, den Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil zu belassen.

**Herr Müller** führt aus, dass eine Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil möglich sei, soweit eine Dringlichkeit vorliege. **Er** fragt **Herrn Rüstmann**, ob eine Dringlichkeit vorliege. **Herr Rüstmann** antwortet, dass es

sich vertreten lasse, wenn in dieser Angelegenheit erst in der nächsten Sitzung des Rates im September entschieden werde. Daher bejahe er diese Dringlichkeit nicht.

**Herr Janßen** erklärt dazu, dass er große Bedenken habe, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Es gehe darum, in dem Bereich der Schlachte Verbesserungen herzustellen. Der Bau des Fuß- und Radweges zwischen Treidelweg und Hooksweg solle endlich in Angriff genommen werden. Dieses sei man den Anliegern schuldig. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei man daher gegen eine Vertagung und für eine Behandlung in der heutigen Sitzung.

**Herr Müller** erläutert, dass, wenn man über den Tagesordnungspunkt 28 heute beschließen wolle, dieses nur mit einer 2/3 Mehrheit über die Dringlichkeit möglich sei. Dann sei es dringlich und damit gerechtfertigt, dass die Öffentlichkeit nicht geladen worden sei. Da laut Aussage von Herrn Rüstmann kein Dringlichkeit vorliege, empfehle er, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung des Rates zu behandeln.

**Die Vorsitzende** lässt sodann über den Antrag der SWG-/Sender-Gruppe abstimmen, den abgesetzten Tagesordnungspunkt Nr. 10 (Bebauungsplan Nr. 10 "Auf dem Hochhamm" - 1. Änderung -) auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Abstimmung: mit Mehrheit abgelehnt Ja 9 Nein 19**

Dann erfolgt die Abstimmung darüber, dass der TOP 29 (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Betrieb einer Freiland-Photovoltaikanlage) im nichtöffentlichen Teil bleibt:

**Abstimmung: mit Mehrheit beschlossen Ja 18 Nein 10**

Abschließend lässt **die Vorsitzende** über die gesamte Tagesordnung abstimmen (Absetzung der TOP'e 10 und 14, Erweiterung des nichtöffentlichen Teiles um den TOP 21.1 und Absetzung des TOP 28 im nichtöffentlichen Teil)

**Abstimmung: einstimmig beschlossen**

**TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 36 über die Sitzung des Rates vom 19. Mai 2011 - öffentlicher Teil -**

Diese Niederschrift wird mit 27 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

**TOP 6 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

- keine -

**TOP 7 Bericht der Bürgermeisterin über**

## **TOP 7.1 Wichtige Angelegenheiten der Stadt**

**Bürgermeisterin Dankwardt** berichtet, dass das Schloss, dass anlässlich des Tages der offenen Tür des Kindergarten Moorwarfen von den Kindern nachgebaut worden war, derzeit im Eingangsbereich des Rathauses besichtigt werden könne und dann am Montag an das Schloßmuseum weiter gegeben werden soll.

**Sie** weist für die Öffentlichkeit darauf hin, dass vor der Ratssitzung eine Informationsveranstaltung der Firma Friesenenergie für die Ratsmitglieder stattgefunden habe. Der Stadtrat werde sich in Zukunft mit diesem Thema beschäftigen.

**Sie** informiert darüber mit, dass der parlamentarische Staatssekretär des Verteidigungsministerium, Herr Thomas Kossendey, auf die Resolution zum Erhalt der Bundeswehrstandorte geantwortet habe, die etwas inhaltend formuliert sei. Man wisse, dass das Konzept noch in der Erarbeitung sei. Das Ergebnis sei für den Herbst angepeilt. **Bürgermeisterin Dankwardt** verliest den Schlusssatz des Schreibens: "Sie können versichert sein, dass alle für die Bundeswehrreform notwendigen Entscheidungen nach objektiven Maßstäben und unter sorgfältiger Abwägung aller relevanten Fakten getroffen werden."

## **TOP 7.2 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

**Bürgermeisterin Dankwardt** unterrichtet den Rat über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus dessen Sitzungen Nr. 81 vom 31.05.2011 und Nr. 82 vom 28.06.2011. Eine Auflistung ist der Niederschrift beigelegt.

Anschließend trägt **Herr Röben** den Baubericht für den Berichtszeitraum vom 19. Mai 2011 bis 6. Juli 2011. Der Bericht ist der Anlage ebenfalls beigelegt.

## **TOP 7.3 Anträge und Beantwortung von Anfragen**

- keine -

## **TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -**

**Die Vorsitzende** unterbricht die Sitzung, um anwesenden Einwohnern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass **die Vorsitzende** die Sitzung sogleich wieder eröffnet.

**TOP 9      **Neubauvorhaben der Landessparkasse zu Oldenburg am Alten Markt;  
Unterbringung der Baustellencontainer als Interimslösung während der  
Bauzeit****

**PlanA Nr. 47 vom 15. Juni 2011  
VA Nr. 82 vom 28. Juni 2011  
Vorlage: BV/520/2011**

**Herr Röben** führt kurz zur Beschlussvorlage aus und verliest dann den Beschlussvorschlag.

**Herr Janßen** erklärt einfühend, dass die SPD-Fraktion das Neubauvorhaben der LzO mit einer Gesamtinvestitionssumme von 6 Millionen Euro ausdrücklich begrüße. Dieses sei positiv für die Stadt und für das Stadtbild. Seine Fraktion habe aber "Bauchschmerzen" damit, dass 44 Baustellencontainer bis zu 1 1/2 Jahre auf dem Platz zwischen dem Sagenbrunnen und dem Restaurant "Solopaca" stehen sollen. Dieses sei dem Stadtbild nicht zuträglich. Aus diesem Grunde hätte seine Fraktion sich einen anderen Standort gewünscht. **Er** nennt den Theodor-Pekol-Platz. Auch andere Standortvorschläge seien verworfen worden. Seine Fraktion werde sich deshalb der Stimme enthalten.

**Herr Schönbohm** führt aus, dass die SWG-/Sender-Gruppe auch ihre Bedenken gehabt habe. Es hätten aber verschiedene Standorte zur Wahl gestanden. Von den schlechten Möglichkeiten sei dieser Standort noch der beste. Dadurch blieben die meisten Parkplätze im Bereich alter Markt erhalten. Aus diesem Grunde werde seine Gruppe dem Vorhaben zustimmen.

**Herr Husemann** merkt an, dass auch seine Fraktion Bedenken gehabt habe. 18 Monate seien städtebaulich eine lange Zeit, in der die Container dort aufgebaut bleiben sollen. Der Vortrag der LzO im Planungsausschuss sei jedoch sehr überzeugend gewesen. Außerdem sei zugesagt worden, dass die LzO sich intensiv um die städtischen Interessen und die Interessen der dortigen Anlieger und Geschäftsleute kümmern wolle. Dieses hätte seine Fraktion veranlasst, diesem Kompromiss zuzustimmen.

**Frau Glaum** signalisiert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, da es sich um eine gute Sache handele. Man müsse zwar in den "sauren Apfel" beißen und 18 Monate lang die Container an diesem Standort erdulden. Andererseits hoffe man auf Synergieeffekte, die den dortigen Geschäften zu Gute kommen.

**Herr Hartl** schließt sich den Ausführungen von Herrn Husemann an. Man habe einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Die Bedenken der SPD-Fraktion seien nachzuvollziehen, werden von seiner Fraktion aber nicht geteilt.

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

**Beschlussvorschlag:**

***Die Stadt Jever stimmt der Errichtung der Containeranlage als Interimslösung für das Bürogebäude der Landessparkasse zu Oldenburg auf einem Teilbereich des Alten Marktes zwischen Sagenbrunnen und Einmündung der Petersilienstraße zu und erklärt insofern das Einvernehmen zu einer Befreiung von den Festsetzungen des***

***Bebauungsplanes Nr. 26 hinsichtlich der Einhaltung der festgesetzten überbaubaren Bereiche.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Enthaltung 6**

- TOP 10**      **Bebauungsplan Nr. 10 "Auf dem Hochhamm" - 1. Änderung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB;  
hier: Abwägung nach erneuter Auslegung und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: BV/534/2011**

**Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.**

- TOP 11**      **Straßenbeleuchtung Schlosserstraße  
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe**
- BauA Nr. 51 vom 08. Juni 2011  
VA Nr. 32 vom 28. Juni 2011  
Vorlage: BV/537/2011**

**Herr Röben** verliest den Beschlussvorschlag. Ohne weitere Diskussion beschließt der Rat:

**Beschlussvorschlag:**

***Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 4.500,- € bei der Haushaltsstelle I.411028.500.001 wird genehmigt.***

***Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Straßenausbaubeiträgen und Minderausgaben beim Ankauf der Spielplatzfläche Kindergarten Cleverns***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 5 Enthaltung 1**

- TOP 12**      **Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010**
- FinA Nr. 36 vom 06. Juni 2011  
VA Nr. 82 vom 28. Juni 2011  
Vorlage: BV/527/2011**

**Herr Rüstmann** führt kurz zur Beschlussvorlage aus.

**Beschlussvorschlag:**

***Das Jahresabschlussergebnis 2010 einschließlich der Auflistung der gebildeten Haushaltsreste wird zur Kenntnis genommen.***

**Zur Kenntnis genommen**



**TOP 13 Ferienpass 2011; Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 89 NGO**

**FinA Nr. 36 vom 06. Juni 2011**

**VA Nr. 82 vom 28. Juni 2011**

**Vorlage: BV/525/2011**

**Herr Mühlena** führt zur Beschlussvorlage aus. Sodann beschließt der Rat ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

*Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 16.000,- EUR für die Durchführung des Kinderferienpasses 2011 wird zugestimmt.  
Die Deckung erfolgt innerhalb des Produkts durch Mehreinnahmen bei den Ertragskonten 332100 und 348200.*

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 28**

**TOP 14 Gebäude des ehemaligen Kindergartens Sandelermöns;  
Antrag der SWG / Sender-Gruppe auf Annahme des Kaufangebotes des  
Dorfbürgervereins Sandelermöns vom 17. Juni 2011  
Vorlage: AN/542/2011**

**Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.**

**TOP 15 Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten; hier: Ausweitung des  
Krippenangebotes**

**SchuJuA Nr. 24 vom 26. Mai 2011**

**VA Nr. 81 vom 31. Mai 2011**

**Vorlage: BV/511/2011**

**Herr Mühlena** führt aus, dass die Verwaltung im Fachausschuss vorgeschlagen habe, aufgrund des berechneten Krippenplatzbedarfs für das Jahr 2013 von 55 - bei derzeit vorhandenen 30 Plätzen - eine weitere Krippe am Kindergarten Moorwarfen zu bauen.

Darauf sei im Fachausschuss die Anregung erfolgt, dass die Verwaltung sich erst einmal mit den beiden privaten Kinderkrippen in Verbindung setzen möge, um abzuklären, inwieweit diese den Bedarf decken könnten. Erste Gespräche seien bereits geführt worden. Beide Einrichtungen seien sehr gut vorbereitet gewesen und hätten Unterlagen herein gegeben, mit denen sich die Verwaltung bereits beschäftigt habe. **Er** habe dann darum gebeten, dass sich beide an das Landesjugendamt wenden und abklären möchten, ob die vorliegende Genehmigung ausreiche, um den Rechtsanspruch für die Stadt Jever erfüllen zu können. Das Ergebnis liege noch nicht vor. Mit den Betreibern der beiden Kinderkrippen sei vereinbart worden, sich im Laufe der nächsten Woche darüber zu unterhalten. Vom Landesjugendamt habe **er** Kenntnis davon erhalten, dass man sich dort sehr intensiv mit dieser Angelegenheit beschäftige, da der Betrieb von kommerziellen Kinderkrippen in Niedersachsen noch nicht so bekannt sei. Derzeit beschäftige sich sogar

das Bundesministerium damit. **Herr Mühlena** hofft, in der nächsten Sitzung des Fachausschusses ein Ergebnis vorstellen zu können.

**Herr Werber** erklärt, dass die FDP-Fraktion eine große Chance in der Zusammenarbeit mit den privaten Kinderkrippen sehe. Diese Chance solle man ausloten und ausnutzen. Herr Mühlena habe bereits darauf hingewiesen, dass entsprechende Gespräche mit dem Landesjugendamt geführt werden. Der Appell seiner Fraktion gehe dahin, dass man alles versuchen solle, zu einer konstruktiven positiven Zusammenarbeit zu kommen. Die privaten Kindertagesstätten Nemo und Sonnenkäfer seien anerkannte und beliebte Einrichtungen. Sie seien eine wichtige und wertvolle Ergänzung in Zusammenarbeit mit den kommunalen städtischen Einrichtungen. Diese würden immer dann einspringen, wenn die städtischen Einrichtungen die Betreuung zeitlich nicht mehr schultern können, da beide Einrichtungen ganztägig geöffnet haben. Sie seien flexibel und gingen auf die Wünsche der Eltern ein. **Er** wiederholt, dass die Betreiberinnen im Gespräch mit dem Landesjugendamt stünden, das dem Ansinnen positiv gegenüber stünde. Eine abschließende Klärung solle nun über das Kultusministerium erfolgen. Diese Entscheidung solle man abwarten und daher noch keinen abschließenden Beschluss fassen. **Bürgermeisterin Dankwardt** weist darauf hin, dass dieses durch den im Verwaltungsausschuss formulierten Beschlussvorschlag ausgesagt werde.

**Herr Janßen** führt aus, dass die Stadt Jever ab 01.08.2013 den gesetzlichen Auftrag habe, eine ausreichende Zahl von Krippenplätzen vorzuhalten. Bislang fehlen 25 Plätze, um diesen Anspruch zu erfüllen. Positiv sei für Jever, dass die Kinderzahlen hier nicht so rückläufig seien, wie in anderen Kommunen. Jever sei nicht nur eine schöne, sondern auch eine fruchtbare Stadt. Es gebe bislang eine gute Mischung aus privaten Krippenplätzen und den öffentlichen Krippenplätzen in den Kindergärten Klein Grashaus und Moorwarfen. Es wäre theoretisch möglich, durch einen Anbau am Kindergarten Ammerländer Weg die Lücke zu schließen. Dafür entstünden Baukosten in Höhe von ca. 200.000,00 Euro, wobei sich der Eigenanteil der Stadt auf ca. 11.000,00 Euro beziffern würde. Dazu kämen aber die Personalkosten, von denen das Land nur 38 % übernehmen würde. Den Rest hätte die Stadt Jever zu tragen. Hier würde nach Ansicht von **Herrn Janßen** das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten. Einerseits wollen Bund und Land, dass Krippenplätze geschaffen werden, bei der Bezahlung derselben hielten sich diese aber zurück. Die Stadt müsse die Grundversorgung an Krippenplätzen sicher stellen und, darauf lege seine Fraktion großen Wert, bezahlbare Krippenplätze anbieten. Die privaten Kinderkrippen betrachte seine Fraktion als Ergänzungsangebot. Die privaten Anbieter könnten selbstverständlich mit ins Boot einsteigen. Hier müsse aber die Qualität stimmen und die Gebühren im bezahlbaren Rahmen bleiben. Ansonsten sei seine Fraktion dafür, dass weitere Gespräche folgen und im nächsten Fachausschuss darüber weiter beraten werde.

**Herr Schwanzar** merkt an, dass sich seine Fraktion immer für die Erweiterung und qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung eingesetzt habe. In der vergangenen Woche habe man sich daher mit den Leiterinnen der beiden privaten Kinderkrippen getroffen. Hierbei sei man aber nicht zu einer endgültigen Auffassung gekommen. **Er** schlägt vor, Herrn Steinborn zu diesem Thema zu hören. Seine Fraktion habe daher noch Beratungsbedarf. Die privaten Kinderkrippen sollten mit in das Konzept aufgenommen werden.

**Die Vorsitzende** verliest sodann den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

***Die Verwaltung wird gebeten, mit den privaten Betreibern***

***Gespräche zu führen und bis zur nächsten Sitzung zu klären, ob unter Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben eine Zusammenarbeit möglich ist.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 28**

**TOP 16 Verwendung von Erträgen aus der Erbschaft Marcus**

**SchuJuA Nr. 24 vom 26. Mai 2011  
VA Nr. 81 vom 31. Mai 2011  
Vorlage: BV/509/2011**

**Die Vorsitzende** verliert den Beschlussvorschlag. Der Rat der Stadt Jever beschließt:

**Beschlussvorschlag:**

***Die jährlichen Erträge aus der Helene-Marcus-Erbschaft werden ab dem Haushaltsjahr 2011 bis auf weiteres für die Seniorenarbeit im Rahmen des Seniorenpasses verwendet.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen**

**TOP 17 Neuwahl eines Schiedsmannes und seines Stellvertreters für den Bereich der Stadt Jever  
Vorlage: BV/543/2011**

**Herr Müller** führt aus, dass Herr Memmen bis zum 31.07.2011 noch der offizielle Schiedsman für den Bereich der Stadt Jever sei. Diese Tätigkeit ende aber mit dessen Eintritt in den Ruhestand ab 01.08.2011. Der derzeitige stellvertretende Schiedsman, Herr Mühlana, bewerbe sich zum 01.08.2011 um das Amt des Schiedsmannes. Seitens der Verwaltung werde vorgeschlagen, Herrn Mühlana ab 01.08.2011 zum Schiedsman und den Verwaltungsfachwirt Christian Noack, der im Fachdienst Ordnung, Bürger und soziale Dienst die Stelle von Herrn Memmen übernommen habe, zum stellvertretenden Schiedsman zu wählen. Die Wahlzeit betrage für beiden Kollegen 5 Jahre für den Zeitraum vom 01.08.2011 bis zum 31.07.2016. Das Niedersächsische Schiedsämtergesetz setze voraus, dass derjenige in das Amt des Schiedsmannes nicht berufen werden solle, der das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet habe. Herr Noack habe das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht. Aus diesem Grunde habe man beim Amtsgericht Jever angefragt. Dieses habe heute eine Ausnahme bestätigt, wonach Herr Noack mit 28 Jahren aufgrund seiner beruflichen Erfahrung zum stellvertretenden Schiedsman berufen werden darf. Aus diesem Grunde sei der Vorbehalt aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen. **Herr Müller** verliert sodann den geänderten Beschlussvorschlag. Darüber lässt **die Vorsitzende** abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

***Zum Schiedsman für den Bezirk der Stadt Jever wird für eine Amtszeit von 5 Jahren für den Zeitraum 01. Aug. 2011 bis 31. Juli 2016 der Stadtamtsrat Björn Mühlana gewählt.***

***Zum stellvertretenden Schiedsman für den Bezirk der Stadt Jever***

***für eine Amtszeit von 5 Jahren für den Zeitraum 01. Aug. 2011 bis 31. Juli 2016 wird der Verwaltungsfachwirt Christian Noack gewählt.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen**

**TOP 18 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung**

**Die Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:50 Uhr.

Genehmigt:

Margot Lorentzen  
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt  
Bürgermeisterin

Uwe Hagedstedt  
Protokollführer/in